

Was können wir von unseren Abgeordneten erwarten und was nicht? Auf diese und andere Fragen antwortete Gabriele Hiller, im Wahlkreis 7 direkt gewähltes Mitglied des Abgeordnetenhauses, im Gespräch mit Ulrich Clauder Seite 2

Wie weiter mit den Stasi-Akten? Dieser Frage ging man nach beim Diskussionsabend des Marzahner Gesellschaftspolitischen Forums beim Verein Helle Panke e.V. Wie war das mit dem „Staat im Staat“? Seite 3

Die Jugendseite - die zweite! In jeder Ausgabe dieses Infoblattes kommt der Jugendverband zu Wort, mit Themen, die Junge, und nicht nur die, interessieren. Mitmachen ist erwünscht, einfach bei den Autoren melden! Seite 7

DIE LINKE. Marzahn-Hellersdorf konstituiert

Mit der Hauptversammlung am 16. September, der Wahl eines neuen Vorstandes und der Mitglieder für den Landes-

ausschuss hat sich die Partei DIE LINKE nunmehr auch in Marzahn-Hellersdorf konstituiert. Heidi Wagner, die nicht mehr für den Bezirksvorsitz kandidierte, zog im Bericht des Vorstandes eine kritische Bilanz der Arbeit. Zu bewältigen waren nach den erfolgreichen Bundestagswahlen die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und die Kommunalwahlen. Die Bildung des Bezirksamtes war politisch zu begleiten, eine Vielzahl von Gesprächen mit den anderen demokratischen Parteien im Bezirk zu führen.

Als Konsequenz

aus den Stimmenverlusten haben wir als einziger Bezirk in Berlin eine Mitgliederbefragung durchgeführt. Die Ergebnisse liegen seit Juli vor. Marzahn-Hellersdorf links hat darüber mehrfach berichtet. Nunmehr arbeiten vier Arbeitsgruppen, um eine Hauptversammlung vorzubereiten, die im Januar weit reichende Beschlüsse für die weitere Arbeit fassen wird. Zuvor sollen die Vorschläge in den Basisorganisationen beraten werden. Die Ergebnisse der Mitgliederbefragung sind zum einen eine Bestätigung für eine langjährige erfolgreiche Politik und Verankerung unserer Partei im Bezirk. Zum anderen sind sie eine ungeheure Herausforderung, der wir uns

stellen haben. Der neu gewählte Bezirksvorstand signalisiert durch seine Zusammensetzung Kontinuität und Aufbruch zugleich. Wir sind uns der Verantwortung, die unser Bezirk im Land Berlin und für die neue Partei bundesweit trägt, sehr bewusst. Das wurde auch deutlich, als Petra Pau den Delegierten in Erinnerung rief,



Einige Mitglieder des Bezirksvorstandes, nach der Wahl am 16.9. (v.l.n.r.): Yvette Rami, Klaus-Dieter Wendt, Heide-Lore Wagner, Bernd Preußer, Bärbel Holzheuer-Rothensteiner, Norbert Seichter, Wilfried Maier, Marina Richter-Kastschajewa, Björn Tielebein. Außerdem wurden gewählt: Sandra Beyer, Ulrich Clauder, Leonore Held, Norbert Lüdtko, Manuela Schmidt und Sabine Schwarz.

Foto: H. Metwally

wie das alles in Marzahn-Hellersdorf 1989/90 begonnen hat. In der aktuellen Fragestunde an das Bezirksamt, die Fraktion, unsere Abgeordneten spiegelten sich die Probleme des Bezirkes. Dagmar Pohle stimmte auf die Debatte ein, konnte auf eine Beschlussfassung zu einem ausgeglichenen Haushalt verweisen, auf ein beschlossenes Konsolidierungskonzept, das helfen soll, den Schuldenberg weiter abzubauen. Trotz gegenteiliger Forderung der Senatsverwaltung, da war sie sich mit Klaus-Jürgen Dahler, und unserer Fraktion einig, mehr geht nicht. Der Erhalt von zwei festen Planstellen an der Musikschule und von vier Bürgerämtern sind Kompromisse,

abgestimmt mit SPD und CDU. Dass das Freizeitforum nun endgültig gesichert ist, war die frohe Botschaft, die Manuela Schmidt verkündete. Dafür dankte ihr die Hauptversammlung. So, nun haben wir einen neuen Vorstand. In seiner ersten Beratung am 25. September sind die Aufgaben jedes einzelnen Mitglieds diskutiert und beschlossen worden. Ihm anzugehören ist vor allem Verpflichtung zu ehrenamtlicher Arbeit. Deshalb ist es gut, dass Uwe Klett für den Landesausschuss kandidierte und gewählt wurde. Ich selbst bin, wie Dagmar Pohle und Klaus-Jürgen Dahler durch Funktion Mitglied dieses neu geschaffenen Gremiums, gemeinsam mit Uwe Klett, Ute Thomas und Sabine Schmidt werden wir dafür Sorge tragen müssen, Marzahn-Hellersdorfer Erfahrungen, aber auch offene Probleme auf der Landesebene auf die Tagesordnung zu setzen. Zum Schluss, aber nicht zuletzt: Die Hauptversammlung dankte Heidi Wagner für ihre Arbeit als langjährige Vorsitzende unseres Bezirkes mit herzlichem Beifall.

Norbert Seichter
Bezirksvorsitzender

Was gibt's noch?

Seite 2:

Chancen für Veränderungen?

Seite 3:

Petra Pau: Debatten im Wolkenkuckuckshaus / Wie weiter mit den Stasi-Akten?

Seite 4:

Kein Vergessen! / Zum Tode von Kurt Goldstein

Seite 5:

Was spricht für die „Ost-Tangente“? / Rotrote Verbraucherpolitik / Kiezspaziergang

Seite 6:

Ein Spanier in Mahlsdorf / Post an uns / Moderne Bürgerdienste ...

Seite 7:

Jugendseite

Seite 8:

Tipps und Termine

Kritik in der Mitgliederbefragung an Berliner Politik: Chancen für Veränderungen?

Die kürzliche Mitgliederbefragung in der LINKEN. Marzahn-Hellersdorf zeigte mit erstaunlicher Klarheit, dass die gefühlte Bindung zur eigenen Partei vor allem über Basisgruppen und Bundespartei zustande kommt. Währenddessen verspüren die Befragten vor allem zur Berliner Landespolitik eine erhebliche Distanz, die nicht nur von Bejahung oder Ablehnung der rot-roten Koalition abzuhängen scheint. Ich ging im Auftrag von „Marzahn-Hellersdorf links“ im Berliner Abgeordnetenhaus dieser Frage nach und verabredete mich mit der in Hellersdorf direkt gewählten Sport- und medienpolitischen Sprecherin der Fraktion, Dr. Gabriele Hiller.

Nicht jeder Abgeordnete ist fern der Basis ...

Mit diesen Gedanken betrete ich das Abgeordnetenhaus. Einfach überraschend und erfreulich, dass es hier auch in Zeiten des „weltumspannenden Krieges gegen den Terrorismus“ keinerlei Einlasskontrollen gibt!

Ich treffe auf eine Gabi Hiller, die locker drauf ist. Meine Bemerkungen zur Mitgliederbefragung und zu den recht basisfernen Berliner Linkspolitikern wehrt sie bezüglich der eigenen Person ab: „Ich will doch gerade deshalb im Wahlkreis regelmäßig anwesend sein, damit es vor Ort eine Chance gibt, mich anzusprechen!“ Die Parteibasisgruppe sei dabei wichtig, aber auch die Wähler, also zum Beispiel die vielen Sportler oder Sportfunktionäre vor Ort. Sie bemühe sich dabei um regelmäßige Veranstaltungen, nicht nur kurz vor den Wahlen.



Gabriele Hiller beim Berlin-Marathon 2006, vier Kilometer vor dem Ziel - bei km 38 -, und schon ziemlich leidend, wie sie uns wissen ließ.

Foto: H. Hiller

Ja, natürlich, Konflikte gebe es, wie auch bei den Sparbeschlüssen, zum Beispiel zu den Bibliotheken in Berlin! Schließungen von vielen kleinen, nicht mehr finanzierbaren Einrichtungen eröffneten dann aber für die größeren Bibliotheken die lang ersehnte Chance zu einer besseren Finanzausstattung. Mit dem höheren Budget könnten sie dort endlich ihre Bestände modernisieren.

Sie gebe aber auch dort nicht auf, wo es große Widerstände gibt, zum Beispiel beim Wernerbad. Sie glaube immer noch daran, dass es gelingen werde, die an seiner Wiederinbetriebnahme interessierten Seiten zusammenzuführen und die entsprechenden Finanzen loszueisen. Freimütig bekennt die Sportlehrerin Hiller, ohne die Hilfe erfahrener Genossen aus der

Marzahn-Hellersdorfer Basis auf fachfremden Gebieten wie kommunalem Wohnungsverkauf oder Altschulden nicht auszukommen. „Es war für mich ganz wichtig, von ihnen zu lernen und Unterstützung zu finden“.

Sinkendes Vertrauen in Parteipolitik: Ein Naturgesetz?

Da mir das ganze jetzt aber zu harmonisch wird und die Basis bei der Befragung Berliner Politik ganz anders einstuft, bleibe ich hartnäckig mit Fragen zum Vertrauensverlust der LINKEN und auch der anderen politischen Parteien in Berlin. Werden Ursachen dieses Vertrauensverlustes im Abgeordnetenhaus und in der Fraktion der LINKEN debattiert? „Das war kein Thema bisher ...“ Jetzt ist es an mir, überrascht zu sein. So weit weg vom realen Leben ist der ganze Politikbetrieb schon? Auch DIE LINKE macht da keine Ausnahme nach einer kleinen Nachdenklichkeit ob der in die Hosen gegangenen Wahl 2006? Na ja, meint dazu Gabi Hiller sinngemäß, wer seit 1990 hier Abgeordneter ist, für den ist bei jeder Auseinandersetzung auch wichtig, weiter seine Stellung in der Fraktion abzusichern ..., und da

geht man manchmal den Weg der Anpassung. Es sei zu berücksichtigen, dass Funktionsträger der LINKEN, egal ob im Abgeordnetenhaus oder anderswo, insbesondere wenn sie für diese Funktion bezahlt werden, neben den politischen Interessen auch noch persönliche Interessen haben. Die können zum Beispiel darin bestehen, den Job bis zur Rente zu machen und sich entsprechend zu verhalten. Klar, meine ich, das gibt es auch im „zivilen“ Bereich bei den ganz ordinären Jobs, dieses Anpassen. Allerdings nur dann, wenn die Chefs nicht eine andere Linie, die der Kreativität statt des Duckmäusertums, personalpolitisch durchsetzen. Und bekanntlich überleben Firmen nur dann, wenn sie dauerhaft Kreativität produzieren! Mal abgesehen von monopolistischen Großdampfern, die mit Steuergeldern befeuert werden. Das Fazit meiner

Gesprächspartnerin: „Wenn Parteien keine von der Bevölkerung akzeptierte Politik machen, machen sie sich überflüssig!“

Welches Kraut aber ist in der Politik dagegen gewachsen, dass sich die Parteien über kurz oder lang selbst abschaffen? Gabi Hiller denkt vor allem auf die Nutzung innerparteilicher Demokratie: Nicht nur einen Kandidaten aufstellen, Vorstände in ihrer Arbeit nicht alleine lassen, die bekannten „engeren Zirkel“ (demokratischer Kontrolle kaum noch unterliegende Entscheidungsgremien) durch Teilnahme an ihnen aufzusprennen usw.

Öffentliche Auseinandersetzung um Sachthemen - für die Linke ein Muss

Und wie denkt die medienpolitische Sprecherin über öffentliche Auseinandersetzungen in den Medien zu Fragen, die bisher der Öffentlichkeit verborgen bleiben? Da sieht sie schon viele Ecken und Kanten. So gäbe es zu Berlin-Fragen bisweilen eine seltsame Nähe der Formulierungen aller großen Berliner Blätter bis hin zur sozialistischen Tageszeitung. Aber ungeachtet dessen werde man sich weiter auch öffentlich wehren gegen einige Senatsvorhaben. Wie es zum Beispiel passierte beim bisher erfolgreichen Protest gegen die Schließung des Kinos Babylon und des Theaters an der Parkaue, bei Kürzungen im Schulbereich und bei Jugendfreizeiteinrichtungen. Auch Minderheitenmeinungen wie zum Straßenausbaubeitragsgesetz sollten in den Medien artikuliert werden. Wie sonst kann ein offener Umgang mit der Zivilgesellschaft gepflegt werden? Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und Studierende, also kurz gesagt die Wähler (... und Nichtwähler!) sollten den Unterschied zwischen der Linken und der Machtpolitik der Regierenden spüren.

Und das war ja wohl in den letzten Jahren häufig sehr schwer. Mit dem Wunsch an eine transparentere Politik verlasse ich das Berliner Abgeordnetenhaus. Und einem Dank an Gabi Hiller für ihre offenen Worte.

Uli Clauder

Aufruf

In der Mitgliederbefragung haben zahlreiche Genossinnen und Genossen folgende Frage mit JA beantwortet. „Könntest Du Dir vorstellen, halbtags/stundenweise in der Geschäftsstelle oder in Stadtteilstützpunkten der LINKEN ehrenamtlich zu helfen?“

Der Bitte, sich in der Geschäftsstelle zu melden, um die notwendigen Absprachen zu treffen, sind jedoch nur sechs Mitglieder nachgekommen.

Deshalb noch einmal die Bitte: Ruft uns an oder schreibt eine E-Mail (siehe Impressum auf der Rückseite), wenn Ihr immer noch dazu bereit seid.

Wie weiter mit den Stasi-Akten?

Spannende Debatte im Marzahner Gesellschaftspolitischen Forum am 11. September 2007

Sich erinnern gehört im Leben zu den Voraussetzungen aktiver Lebensgestaltung. Im politischen Leben muss man sich erinnern, sonst beginnt das Einschätzungsvermögen zu leiden. Für DIE LINKE trifft das zum Beispiel auf die zur Erkenntnis gereifte Erfahrung aus SED-PDS-Zeiten zu, die Mandatszeit ihrer gewählten Funktionäre und Vertreter auf acht Jahre zu begrenzen – damit nicht wieder eine Funktionärskaste heranwächst, deren erstes Interesse in der Reproduktion ihrer eigenen Wirkungs- und Lebenssphäre besteht.

Uns zu erinnern, wozu das MfS der DDR geschaffen war und wie es arbeitete, brauchen wir uns nicht gegenseitig zu ermahnen. Das tun andere mit bestimmter – hier lässt sich auch ein anderes Adjektiv einsetzen – Regelmäßigkeit. Diese „Anderen“ sind nicht immer Opfer des MfS. Oft sind es VertreterInnen der etablierten Funktionärskasten anderer Parteien. Der Referent Dr. Matthias Wagner widerlegte vor dem Hintergrund der Geheimhaltungsregelungen der DDR sowie der Rolle und Entscheidungskompetenz von SED-Gremien die MfS-Legende „vom Staat im Staate“, führte den Nachweis, wie die Stasi-Akten gezielt zur Delegitimierung der DDR und zur Ausschaltung einzelner Personen – nach der Wende!!! – eingesetzt wurden, ging auf die „Täter-Opfer“-Klassifizierung durch Joachim Gauck und dessen willkürliche Einschränkung der „Täter“-Gruppe ein – Kategorien, die im Stasi-Unterlagengesetz überhaupt nicht vorkommen. Als Zeitzeuge und Historiker setzte er sich mit der seit 1990 wieder lebhaft forcierten Totalitarismusthese und der noch immer kolportierten Behauptung auseinander, die Öffnung der Akten diene ausschließlich der Aufarbeitung der Vergangenheit. Die jetzt im Rahmen des Gedenkstätten-Konzepts diskutierte Übernahme der Akten ins Bundesarchiv, wie sie von Kulturstaatsminister Neumann (CDU) vorgeschlagen wurde, wäre auch eine staatliche Sanktionierung der Totalitarismusthese.

Dr. Wagner, Jahrgang 1950, Archivwissenschaftler und Absolvent der Humboldt-Universität, war 1990 – von den Bürgerbewegungen akzeptiert – als Regierungsbeauftragter bei der Zusammenführung der MfS-Unterlagen in der Berliner Normannenstraße eingesetzt, später bis 1997 in leitenden Funktionen im Potsdamer Staatsarchiv (jetzt Bundesarchiv) tätig.

Auch im Jahr 18 nach der Wende reizt das Thema Stasi-Akten die Gemüter. Die jüngste Debatte um die Novellierung des Stasi-Unterlagengesetzes lässt Opfer-Verbände eine Art Verjährung und Freibrief für „Ex-Zuträger“ befürchten und warnen: „Die Aufarbeitung der Stasi-Verbrechen würde letztlich völlig zum Erliegen kommen.“ (Der Spiegel, 30.10.2006) Vor dem Hintergrund solcher und ähnlicher Äußerungen verblüffte es einigermaßen,

dass ehemalige Mitarbeiter des MfS unter den Besuchern des Forums forderten, die öffentliche Zugänglichkeit der Akten weiter zu gewährleisten. „Wenn die Akten geschlossen würden, dann sei der Geschichtsfälschung erst wirklich Tür und Tor geöffnet“, so ihr Argument.

Petra Pau (MdB): Debatten im Wolkenkuckucksheim

Die Sommerpause ist passé. Die nächste Sitzungsperiode im Bundestag hat begonnen. Der Ton ist rauer geworden, gegenüber der Fraktion DIE LINKE ohnehin, spätestens, seit Mitte Juni auch noch die Partei DIE LINKE Tatsache ist. Neue Rituale schleifen sich ein. Immer, wenn jemand von uns gesprochen und unsere Vorschläge

jetzt Neuigkeitenbrief bestellen:

http://www.petrapau.de/cgi-data/newsletter/abo_form.html

vorgestellt hat, dann folgt prompt die Erwidderung der Union oder der SPD und so weiter. Der erste Satz heißt verlässlich etwa so: „Nach dem Populismus der Linkspartei kommen wir jetzt zur Politik zurück!“ Oder: „Wir steigen jetzt aus dem Wolkenkuckucksheim der Linken wieder hinab in die Realität.“ Und dann verfallen sie wieder in die alte Leier. Jüngst hatten wir einen simplen Vorschlag unterbreitet: Wer deutscher Staatsbürger ist und ins Ausland zieht, um Steuern zu sparen, sollte die Differenz zum deutschen Steuersatz in die Heimat überweisen. Michael „Schumi“ zum Beispiel oder „Kaiser Franz“ Beckenbauer oder Boris Becker und all die Patrioten, die ihre Millionen im Ausland horten, während es daheim zunehmend am Nötigsten mangelt. „Das ist Schwachsinn“, polterten die Grünen.

Fazit dieses Abends: Die Diskussion geht weiter. Die Akten sollten offen bleiben – für Betroffene und für ernsthafte und besonnene Wissenschaftler; sie sind nichts für die sensationslüsterne Journaille, egoistische Karrieristen und politische Kleingeister.

Dr. Wolfgang Girus

Die Erlauchten müssten dann ja ins deutsche Land und aufs Finanzamt kommen. Und wenn sie es nicht täten oder falls sie nicht zahlten, dann müsste ihnen konsequenterweise der deutsche Pass und letztlich die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen werden. Außerdem: So viel linke Bürokratie könne doch niemand ernsthaft fordern, so die Rednerin von Bündnis 90/Die Grünen.

Oh je! Schon mal was vom Internet gehört, das Wege erspart? Oder davon, dass laut Grundgesetz niemand aus der Staatsbürgerschaft entlassen werden darf? Überhaupt: Schon vergessen, mit welchem Elan bei Hartz-IV-Betroffenen nach dem letzten Cent gesucht wird? Warum also nicht viel mehr bei jenen, bei denen Zigmillionen Euro zu holen wären, mit denen man Schulen sanieren, Bibliotheken erhalten oder Schlaglöcher stopfen könnte. In den USA ist das übrigens genau so Usus, wie es DIE LINKE im Bundestag vorgeschlagen hat.

Das Gute an solchen Debatten ist: Die auf der Tribüne zuhören oder bei „Phönix“ zuschauen, können sich dabei selbst ein Bild machen, wer im Wolkenkuckucksheim schwebt oder realitätsfern in Populismus flüchtet.

Sally Perel in der Tagore-Schule



Die ca. 100 Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen der Tagore-Schule eröffneten das Geschichtsthema „Nationalsozialismus“ mit dem Film und dem Zeitzeugengespräch mit Sally Perel. Sie lauschten beeindruckt den Worten des Mannes, der als 16-jähriger Junge vier Jahre lang bis zum Kriegsende 1945 in die Haut des Feindes als Hitlerjunge Salomon geschlüpft war, um zu überleben, und trotzdem seine Menschlichkeit nicht verloren hatte. Seine Botschaft an die jungen Leute war unüberhörbar: „Ich bin nicht hier, um Schuld auf Eure Schultern zu laden. Schuld ist nicht erbbar. Eure Verantwortung ist es, dafür zu sorgen, dass dieses dunkle Kapitel der Geschichte nicht vergessen wird. Wer leugnet, weil er es nicht weiß, ist dumm. Wer leugnet, obwohl er weiß, ist ein Verbrecher.“ Sehr nachdenklich gingen die Schülerinnen und Schüler in ihre Klassen, nachdem viele sich das Buch „Hitlerjunge Salomon“ hatten signieren lassen.

Text und Foto:

Sabine Schwarz, AG Politische Bildung



Kein Vergessen!

Am 27. September fand im Freizeitforum Marzahn die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung statt.

Die Sitzung stand im Zeichen des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, aber auch der Auseinandersetzung um dieses Gedenken.

Zu Beginn der Sitzung gedachte die Vorsteherin der BVV, Petra Wermke, in einer persönlichen Erklärung Kurt Goldsteins, der am 24. September 2007 im Alter von 92 Jahren gestorben war.

Sie erinnerte in ihrer Rede an den Lebensweg und das Vermächtnis des jüdischen Widerstandskämpfers gegen die nationalsozialistische Terrorherrschaft.

Im ausliegenden Kondolenzbuch erwiesen zahlreiche Verordnete der demokratischen Parteien dem Verstorbenen ihre ehrende Anerkennung.

Geprägt wurde die Sitzung von der Diskussion eines Antrages der Linksfraktion zur Rückbenennung der Offenbachstraße, des heutigen Pfalzgrafenwegs.

Für die Linksfraktion verwies Björn Tielebein auf die Notwendigkeit der Rückbenennung, der eine nunmehr 13-jährige politische Auseinandersetzung vorausgeht.

Dabei betonte er die kommunalpolitische Verantwortung der BVV, sich der Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts im Bezirk zu stellen und das von den Nazis aus dem Straßenbild getilgte jüdische Leben im Bezirk

wenigstens an dieser Stelle wieder sichtbar werden zu lassen.

Die Rednerinnen und Redner der demokratischen Parteien bekundeten zwar ihre Bereitschaft, nationalsozialistisches Unrecht zu thematisieren, wendeten sich jedoch gegen eine Rückbenennung und forderten weitere Gespräche sowie eine Rückbenennung nur mit Zustimmung der Anwohnerinnen und Anwohner.

Klaus-Jürgen Dahler, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, erinnerte an die nunmehr 13-jährige Debatte zur Rückbenennung, in deren Verlauf auf alle Einwände und Bedenken eingegangen worden ist, keines sich jedoch als wirklicher Hinderungsgrund für eine Rückbenennung erwiesen hat.

Auf Unverständnis der Linksfraktion stieß der Antrag des SPD-Verordneten Huhn, der eine geheime Abstimmung beantragte. Offensichtlich zogen die Verordneten der SPD es vor, sich einer offenen Auseinandersetzung zu entziehen.

Mit 30 gegen 20 Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

In einer Presseerklärung im Anschluss der BVV bedauerten Klaus-Jürgen Dahler und Björn Tielebein für die Linksfraktion das Abstimmungsergebnis, machten jedoch zugleich deutlich, dass sich DIE LINKE auch weiterhin für eine Rückbenennung einsetzen wird.

Torsten Kläring

Einigung mit Senatsfinanzverwaltung Haushaltspolitik des Bezirks bringt Erfolge Altschulden werden verringert

Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf hat bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2008/09 einen guten Stand erreicht. Nachdem die Bezirksverordnetenversammlung am 13.09.07 den ausgeglichenen Haushalt mit großer Mehrheit beschlossen hat, wurde die Zustimmung der Senatsfinanzverwaltung zur Rückzahlung von Altschulden erreicht.

Der amtierende Finanzstadtrat Stefan Komboß zeigte sich nach der abschließenden Gesprächsrunde zufrieden: „Schulden sind eine Belastung für unsere Kinder. Es ist deshalb wichtig, dass wir Verantwortung für den Schuldenabbau übernehmen und damit wieder politische Handlungsmöglichkeiten schaffen.“

Marzahn-Hellersdorf ist mit 34 Mio. Euro Altschulden immer noch der Bezirk mit der höchsten Verschuldung. Das Bezirksamt hatte

deshalb einen so genannten Konsolidierungsplan vorgelegt, mit dem in den nächsten vier Jahren bis 2011 über 20 Mio. Euro Schulden abgebaut werden sollen. Nach längeren Verhandlungen mit der Senatsfinanzverwaltung wurde dieser Plan nunmehr anerkannt. Der Staatssekretär für Finanzen, Klaus Teichert, hat dabei die Anstrengungen des Bezirks zur Haushaltswirtschaft gewürdigt: „Der Haushaltsplan und das Konsolidierungskonzept zeigen, dass im Bezirk jetzt der Kurs zu einer soliden Haushaltspolitik mit dem erkennbaren Willen zur Entschuldung eingeschlagen wird.“

Es kann nunmehr davon ausgegangen werden, dass die Genehmigung des Haushaltes durch das Abgeordnetenhaus ohne Komplikationen erfolgen wird.

Dagmar Pohle
Bezirksbürgermeisterin

„Wir sind die letzten - fragt uns.“

**Zum Tode des Ehrenpräsidenten des
Internationalen Auschwitz-Komitees,
Kurt Julius Goldstein**

1930 trat Kurt Goldstein in die KPD ein. Im November 2004 sprach er auf dem Parteitag der PDS in Potsdam: „Gerade wir sind zur



Foto: K. Teßmann

politischen Auseinandersetzung mit den Wurzeln des Faschismus verpflichtet. Gerade von uns wird erwartet, dass wir der sozialen Demagogie der Rechten den ernsthaften Kampf um soziale Rechte entgegensetzen. Mit uns gibt es weder Geschichtsrevisionismus noch eine Schlussstrichmentalität.“

Kurt Goldstein wurde als Jude, als Kommunist schon zu Beginn der 30er Jahre verfolgt. 1933 floh er nach Luxemburg, arbeitete in Frankreich, ging 1935 nach Palästina. Er kämpfte bei den Interbrigaden in Spanien. Heute ist er Ehrenbürger Spaniens. Nach der deutschen Besetzung Frankreichs wurde er ausgeliefert. Zwangsarbeit in den Kohlengruben von Jawischowitz, Auschwitz, der „Todesmarsch nach Buchenwald“ – Kurt Julius Goldstein hat die Verbrechen des Nationalsozialismus überlebt.

„Wir sind die letzten - fragt uns.“ heißt die Dokumentation seiner Reden und Schriften. Danach hat er nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus, als Journalist, als Zeitzeuge, als Widerstandskämpfer gegen aufkeimenden Antisemitismus und Neofaschismus gelebt.

Wir trauern um einen großartigen Menschen, um unseren Genossen Kurt Goldstein. Wir werden sein Engagement in vielen internationalen Organisationen, als Ehrenvorsitzender der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in Erinnerung behalten, seine Mahnung gegen Krieg und seine Hoffnung für eine menschliche Gesellschaft weitertragen.

Lothar Bisky • Gregor Gysi
Oskar Lafontaine • Hans Modrow
Petra Pau • Klaus Lederer • Norbert Seichter

Was spricht für die „Ost-Tangente“?

Wenn wir die Lage des Bezirks Marzahn-Hellersdorf nüchtern analysieren, stoßen wir zuerst auf das Problem, wie wir für diesen Bezirk Arbeitsplätze gewinnen und womit wir eine Stärkung der Wirtschaftskraft im Bezirk erreichen können. Es ist dieser Kontext, in dem wir die Debatte um die Tangentialverbindung Ost (TVO), die so genannte Ost-Tangente, führen müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir ohne eine leistungsfähige Verkehrsbindung, wie die TVO, in unverantwortlicher Weise Zukunft für Marzahn-Hellersdorf verspielen. Dies liegt insbesondere daran, dass unser Bezirk andernfalls von der Entwicklung des Großflughafens BBI nicht profitieren kann. Über 20 Millionen Fluggäste werden dort in Zukunft ebenso abgefertigt wie mindestens eine Million Tonnen Fracht pro Jahr. Ist uns tatsächlich schon hinreichend klar, welche Entwicklungsdynamik für den südöstlichen Stadtraum mit dem BBI in Schönefeld einhergehen wird? Mich führt das zu der Frage, ob wir die Arbeits-

plätze und den ökonomischen Wohlstand anderen Bezirken und den Umlandgemeinden in Brandenburg überlassen oder ob wir uns ein Stück vom Kuchen, der vor unserer Haustür angerichtet wird, erkämpfen? Ob wir als Randbezirk Marzahn-Hellersdorf einen leistungsfähigen Verkehrszugang zum BBI durchsetzen können, entscheidet über die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirks in den nächsten Jahrzehnten – die Antworten auf die TVO, die von manchen in der Mitte der 90er Jahre gegeben worden sind, werden dieser neuen Entwicklung jedenfalls nicht gerecht.

Ich habe Verständnis für die Sorgen unserer Nachbarn in Treptow-Köpenick und ebenfalls dafür, dass sie die Chancen des BBI nur ungern teilen wollen, aber es sollte auch niemand verlangen, dass wir auf die Durchsetzung unserer vitalsten bezirklichen Interessen verzichten. Zusätzlich stellt sich die Frage, wie wir in den Siedlungsgebieten politisch weiter machen. Wie können wir den Zuzug junger Menschen und

Familien in den Bezirk Marzahn-Hellersdorf erhöhen? Was brauchen wir, um den Zuzug in die Siedlungsgebiete attraktiv zu gestalten? Ohne eine leistungsfähigere Verkehrsachse als die malerische Köpenicker Straße sind der weiteren Entwicklung der Siedlungsgebiete in Lichtenberg und in Marzahn-Hellersdorf jedenfalls sehr enge Grenzen gesetzt. Bereits heute stehen die Bürger dort im Stau. Was sagt die bezirkliche Politik dazu? Ich bin für eine vierspurige Entlastungsstraße, wie die TVO, weil ich die weitere Entwicklung der Siedlungsgebiete und den Zuzug der jungen Familien haben will, die Zukunft für Marzahn-Hellersdorf bedeuten. Auch diese neide ich anderen Bezirken und den Umlandgemeinden in Brandenburg. Und weil dies so überaus wichtige Debatten für Marzahn-Hellersdorf sind, wünsche ich mir eine konstruktive Auseinandersetzung im Bezirk und in der Linken sowie neue Antworten auf neue Herausforderungen!

Carl Wechselberg (MdA)

Ein Spaziergang durch den Kiez

Am 14.9.2007 besuchten Petra Wermke (BVV-Vorsteherin) und Wolfgang Brauer (MdA) während ihres monatlichen Kiezspaziergangs die Behindertenwerkstatt, das Caritas-Migrationszentrum und Windspiel e.V. des Jugendaufbauwerks Ost.

Die Werkstatt in der Wolfener Straße sieht es als ihre Aufgabe, Menschen mit Behinderungen für den 1. Arbeitsmarkt auszubilden. Dafür arbeiten sie mit den hiesigen Schulen zusammen, um Lehrlinge zu bekommen. Auf die Frage von Wolfgang Brauer, wie der Geschäftsführer, Herr Hasenauer, die Schulkonzepte zur Integration bewerte, betonte dieser die Wichtigkeit des Zusammenlebens und gemeinsamen Lernens von Menschen mit und ohne Behinderung.

Im Caritas-Migrationszentrum in der Borkheider Straße ging es Petra Wermke um die Zusammenarbeit und Vernetzung von Angeboten für MigrantInnen. Die Caritas wird in Marzahn-Nord als wichtige Anlaufstelle in sozialen Fragen um Migration und Integration von den BewohnerInnen wahrgenommen. Die Frauen wie Frau Kampe arbeiten vor Ort u.a. mit der Arbeitsagentur zusammen, um MAE-Qualifizierungsmaßnahmen anbieten zu können.

Die Projekte „Babyboom“ und „Barbie sucht Ken“ von Windspiel wenden sich an Jugendliche, um ihnen die Realitäten von Schwangerschaft, Kinderpflege mithilfe von lebensechten Puppen sowie sexueller Aufklärung altersgerecht zu zeigen. Die Leiterin Frau Willnow sieht in der Zunahme von Schwangerschaften von 16- bis 18-Jährigen ein akutes soziales Problem für den Bezirk. Sie beginnt den Kinderschutz, bevor das Kind geboren worden ist, und sie begleitet junge Mütter. Doch ist die langfristige Planung dieser und neuer, für den Bezirk so wichtiger Projekte schwierig und unsicher. Der Bedarf für solche Projekte steigt jährlich, aber er kann durch unzureichend langfristige Finanzierung nicht gedeckt werden. Petra Wermke und Wolfgang Brauer sahen die wichtige Arbeit, die die Frauen von Windspiel für die Familien und Kinder im Bezirk leisten.

Sandra Beyer

Rot-rote Verbraucherpolitik, ein Klimaschutzrat – und Wege zu einer neuen Metropolen-Debatte

Gesundheit, Umwelt, Verbraucherschutz und die Verbindung dieser drei Bereiche in einem völlig neuen Ressort nannte Senatorin Lompscher bei der Übernahme ihres Amtes Anfang dieses Jahres eine große und spannende Herausforderung.

Erstmals wurde in der Senatsverwaltung auch eine Stabsstelle für den Verbraucherschutz geschaffen, und nach und nach wird eine Grundsatzabteilung entstehen. Somit ist die Umsetzung der Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung, nämlich die Entwicklung eines offensiven, kiez- und bürgernahen Verbraucherschutzes auf einem guten Weg. Verbraucherschutz, Verbraucheraufklärung und -information, Verbraucherbildung und -forschung sowie die Unterstützung und Weiterentwicklung des Berliner Verbrauchernetzwerkes gehören zu den Aufgaben. Hier entsteht quasi ein Ressort im Sinne der Entwicklung und Förderung zivilgesellschaftlichen, bürgeraktiven Engagements, beim dem Konsumenten, Verbraucher eine wichtige Rolle als Nachfrager für soziale und ökologisch nachhaltige Produkte haben werden.

Verbrauchersforschung, Verbraucherbildung und Verbraucherpolitik insgesamt stehen bundes- und europaweit noch ziemlich am Anfang. Berlin ist – offensiv – bei deren Entwicklung ganz vorne mit dabei. Besonders im Rahmen der neuen EU-Förderperiode von 2007 bis 2013 und unter einer sehr engagierten Verbraucherschutz-Kommissarin sollen Verbraucherinnen und Verbraucher in ihren Rechten und Einflussmöglichkeiten gestärkt werden. Für die Fraktion der europäischen Grünen/Linken hat der Vertreter der LINKEN, André Brie, hier seine volle Unterstützung zugesagt.

Aus der Tradition der Arbeiter- und Genossenschaftsbewegung stammend, steht die Verbraucherbewegung, stehen ihre Organisationen und Institutionen im 21. Jahrhundert vor den völlig neuen Herausforderungen eines globalen intransparenten Marktes, auf dem wenige Konzerne das Angebot bestimmen.

Die Einhaltung von sozialen und ökologischen Standards, die Einforderung von Transparenz in der gesamten Produktionskette, von der Herstellung über den Transport, die Lagerung und den Vertrieb bis „auf den Tisch“ der Verbraucher, ob es um Lebensmittel, medizinische Produkte und Dienstleistungen, um Textilien, Mieten, Strompreise, um unlautere Werbung oder unseriöse Verträge geht, – das alles umfasst Verbraucherpolitik und -engagement.

Eine wichtige Unterstützung erhalten aus meiner Sicht Verbraucherbewegung und -politik in Berlin und darüber hinaus durch den kürzlich von Senatorin Lompscher einberufenen und hochrangig besetzten Berliner Klimaschutzrat.

Für mich als Verbraucherschutzpolitische Sprecherin der Fraktion der LINKEN im Abgeordnetenhaus ist es eine ganz besondere Freude, dass Prof. Dr. Edda Müller, die in den letzten sechs Jahren als Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e.V. (vzbv) Verbrauchertemen und -Strukturen entscheidend modernisiert und weiterentwickelt hat, den Klimaschutzrat durch ihre Mitarbeit unterstützen wird. Ich bin mir sicher, dass durch den Klimaschutzrat auch die verbraucherpolitischen Konzepte, Initiativen und Debatten in der Metropole Berlin deutlich gestärkt werden.

Bärbel Holzheuer-Rothensteiner (MdA)

Ein Spanier in Mahlsdorf

Zum 100. Geburtstag von Josep Renau

Vierundzwanzig Jahre lebte und wirkte der spanische Maler und Grafiker Josep (José) im Exil in der DDR, zuerst in Berlin-Treptow und später in der Mahlsdorfer Kastanienallee. Wer früher mit der Bahn an Hallesche Neustadt vorbeifuhr, konnte seine über 30 Meter hohen Wandbilder mit solchen Themen wie „Einheit der Arbeiterklasse“ (mit einem Marx-Bildnis) oder „Gründung der DDR“ bewundern. Es ist zu hoffen, dass sie heute noch existieren und nicht Bilderstürmern zum Opfer fielen. Sein 1967 im Eulenspiegel Verlag erschienener Bildband „Fata Morgana“ mit entlarvenden Fotomontagen über Konsumgüter und die hohle US-amerikanische Lebensweise ist heute eine gesuchte Rarität. Renau - so nannten ihn ohne weitere Anrede auch seine jungen Verehrerinnen und Verehrer - stammte aus Valencia, dort studierte er Malerei und war mit 25 Jahren Professor an der Kunsthochschule. Als Kommunist wurde er 1936 politischer Kommissar im Spanienkrieg und schuf für die Republik legendäre Plakate. 1939 emigrierte er mit seiner Familie nach Mexiko, wo er Mitarbeiter des Wandmalers David Alfaro Siqueiros wurde. Wie früher Picasso in Spanien so kreuzten in Mexiko Frida Kahlo und



Diego Rivera seinen Weg. 1958 übersiedelte er nach Berlin und agitierte - inspiriert durch John Heartfield - mit bissigen Fotomontagen seiner Serien „Über Deutschland“ und „Denken polizeilich verboten“ die Scheinmoral des Kapitalismus. In den 70er Jahren leitete Renau einen Malzirkel für junge Künstler in seinem Mahlsdorfer Haus, das auch wegen seiner umfangreichen Bibliothek über moderne Malerei eine besondere Anziehungskraft ausübte. Für mich bleibt die Frage, warum nach seinem Tod 1982 in der DDR und später im vereinten Deutschland so wenig, eigentlich nichts getan wurde, um sein Werk zu pflegen, die Erinnerung an ihn wach zu halten. Ich halte es für einen Glücksfall, dass Renau sein gesamtes bewegliches Werk in das Museum für moderne Kunst in Valencia bringen und so retten konnte. Mit originalen Beständen veranstaltet das spanische Kulturinstitut Cervantes in Berlin-Mitte, Rosenstraße 18-19, vom 1.11. bis 14.12. eine Ausstellung über Renau als Fotomonteur. Ausstellungseröffnung ist am 31. Oktober, 19.30 Uhr, die ein kulturpolitischer Höhepunkt zu werden verspricht. Auch im Bezirk Marzahn-Hellersdorf gibt es Überlegungen, in Ausstellungen mit seinem Werk vertraut zu machen.

Hans Hübner

Am Donnerstag, dem 11. Oktober, 10 Uhr, wird die DIE LINKE. Fraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf an seinem schlichten Grab in Friedrichsfelde zu seinem 25. Todestag ehrend des großen Künstlers Josep Renau gedenken. Gäste sind herzlich willkommen.

Post an uns: Antisemitismus in der DDR?

In der September-Ausgabe veröffentlichten wir einen Beitrag von Viktor Durnick, in dem er bestreitet, dass es in der DDR Antisemitismus gegeben habe ... Hier zwei Reaktionen darauf:

Nein: Antisemitismus hat natürlich nicht in der Verfassung der DDR gestanden und selbstverständlich auch nicht im Parteiprogramm der SED.

Dass es dennoch auch antisemitische Vorfälle und Verhaltensweisen in der DDR gab - wie die derzeitige wandernde Ausstellung dokumentiert -, hat Bernd-Rüdiger Lehmann in der Mai-Ausgabe dieses Infoblattes, wie ich fand, überzeugend dargestellt und auch begründet. Aber nun muss ER, Viktor Durnick, zu diesem Thema noch seinen Senf dazu geben. Weil ER, er allein von 17 Millionen DDR-Bürgern, ER persönlich nichts von einem solchen Antisemitismus in der DDR bemerkt hat, dann hat es ihn halt auch nicht gegeben. Punkt!

Ich dagegen, zugegeben auch nur einer von 17 Millionen, habe es erlebt, wie im Februar 1953 mein damaliger Chefredakteur des „Deutschen Sportechos“ mitten aus einer Redaktionssitzung verhaftet, fast ein halbes

Jahr, weil er Jude war, in Haft verbrachte, dann - ohne Entschuldigung - glücklicherweise wieder entlassen wurde. Hans Jacobus war das, viele werden ihn in den Jahren danach als respektvollen Agitator für unsere Sache erlebt haben.

Einsicht hat ER, Viktor Durnick, in keiner Weise gezeigt, als ich mit ihm über seinen unsinnigen Leserbrief stritt. Umgehauen aber hat es mich, als er auf meine Frage, ob er denn diese Ausstellung wie ich z.B. gesehen habe, entgegnete: „Nein, aber ich habe Rezensionen darüber gelesen.“ Pure Unverschämtheit, finde ich.

Horst Schubert

Über Ausstellungen kann man sich streiten, auch kontrovers. Die Wahrheit indes sollte man nicht verdrängen. In der DDR gab es jüdisches Leben und zugleich Antisemitismus. Sehr viele engagierten sich in der DDR antifaschistisch, aber es gab auch Neonazis und schlagende Rassisten.

Nicht alles, was unerfreulich war oder ist, stammt aus der Feder „betuchter“ Antikommunisten.

Petra Pau

Moderne Bürgerdienste erhalten - neue bezirkliche Konzepte entwickeln!

In der finanziellen Situation des Landes Berlin und von Marzahn-Hellersdorf sind und werden Entscheidungen zur Erbringung von bezirklichen Leistungen und der damit verbundenen materiellen und personellen Ressourcen immer schwieriger. Das trifft auch auf die Erhaltung bürgernahe Verwaltungsstrukturen in den Bürgerämtern zu. In den bisherigen fünf Bürgerämtern wurde es den Bewohnern ermöglicht, mehrere Behördengänge auf einmal erledigen zu können.

Die Besucherzahlen der Bürgerämter gingen in den letzten Jahren drastisch zurück. Während im Jahr 2005 ca. 400 000 Bürgerinnen die Ämter aufsuchten, werden es im Jahr 2007 nur noch ca. 251 000 Bürgerinnen sein. Die Wirtschaftlichkeit der Ämter ist dadurch nicht mehr gegeben und der Bezirk kann sich nach der Haushaltszumessung des Landes Berlin nur noch drei Bürgerämter leisten. Im Ergebnis der Personaleinsparungen des Bezirks und der notwendigen Ausstattung des JobCenters Marzahn-Hellersdorf musste der Dienstbetrieb im Bürgeramt Springpfuhl am 15.9.2007 eingestellt werden. Alle Anliegen werden vom Bürgeramt Marzahner Promenade weitergeführt. Das im HavemannCenter wird im Januar 2008 schließen.

Die Wirtschaftlichkeit der Bürgerämter kann nicht der alleinige Maßstab an moderne Bürgerdienste sein. Zumal eine wachsende Nachfrage zu Online-Diensten der Bürgerämter zu verzeichnen ist. Die Linke tritt deshalb für vier Standorte im Bezirk ein. Die Bürgerämter in der Hellen Mitte, in der Marzahner Promenade, in Mahlsdorf und ein neues Bürgeramt in Biesdorf am Elsterwerder Platz könnten mittelfristig die notwendigen Leistungen der Bezirksverwaltung bürgernah erbringen. Die polizeiliche Anmeldung, Anträge auf Grundsicherung, die Ausstellung von Personaldokumenten, Ausweisverlustanzeigen, Beglaubigungen, der Ferienpass, die Lohnsteuerangelegenheiten, Wohngeld und das Elterngeld kann somit auch weiterhin ortsnah geregelt werden. Zugleich werden wir gegenüber dem Land Berlin für die Ausstattung von mobilen Bürgerdiensten eintreten, um in den bisherigen Standorten Angebote anbieten zu können.

Klaus-Jürgen Dahler

Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV

Öffnungszeiten der Bürgerämter Marzahner Promenade, Helle Mitte und Mahlsdorf

Montag	07.00 bis 15.00 Uhr
Dienstag/Donnerstag	11.00 bis 19.00 Uhr
Mittwoch	08.00 bis 13.00 Uhr
Samstag (Helle Mitte)	09.00 bis 13.00 Uhr

Wir bleiben dabei !

Rückbenennung muss kommen

Jacques Offenbach in Mahlsdorf

Der BVV lag am 27. September 2007 ein Antrag des Bündnisses „KEIN VERGESSEN“, eingebracht durch den Bezirksverordneten Bjoern Tielebein, zur Rückbenennung der Offenbachstraße, des heutigen Pfalzgrafenwegs, in Mahlsdorf, vor. Zum ersten Mal - nach fast 70 Jahren - wurde über die Beseitigung der antisemitischen Umbenennungen aus dem Jahr 1938 entschieden.

Seit nunmehr 13 Jahren wird im Bezirk über dieses Thema gestritten. DIE LINKE hat sich immer für eine Rückbenennung aller betroffenen Straßen eingesetzt. Leider jedoch ohne Erfolg. Erst die Initiative des Bündnisses „KEIN VERGESSEN“ (www.kein-vergessen.de) konnte Bewegung in die festgefahrenen Positionen der anderen demokratischen Parteien in der BVV bringen. SPD und Bündnis-Grüne sprachen sich prinzipiell nicht gegen eine Rückbenennung der Offenbachstraße aus, da eine solche in Berlin nicht (mehr) existiert.

Umso unverständlicher erscheint nun die Ablehnung des Antrages zur Rückbenennung der Offenbachstraße. Sowohl SPD als auch Grüne und FDP sprachen sich in der Debatte gegen eine Rückbenennung aus, mit der



Jacques Offenbach und das seinen Namen zeigende Straßenschild (Fotomontage)

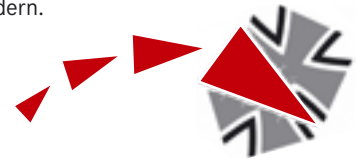
Begründung, dass sie eine Rückbenennung nicht ohne das Einverständnis der AnwohnerInnen durchführen möchten. Auch müsse erst einmal mit allen Beteiligten diskutiert werden, die AnwohnerInnen sollen überzeugt werden. Es sei daran erinnert, dass diese Diskussion bereits seit 1995 geführt wird. Seitdem wurde erfolglos versucht, mit den AnwohnerInnen eine gemeinsam getragene Lösung zu finden.

In den vergangenen Monaten veranstaltete das Bündnis „KEIN VERGESSEN“ zahlreiche Informationsveranstaltungen und veröffentlichte eine Broschüre, die das Thema Musikerviertel aufnahm und ausführlich auf die durch die Nazis umbenannten Straßen einging. Am 16. Mai 2007 fand anlässlich des 69. Jahrestages der antisemitischen Umbenennung eine Podiumsdiskussion mit VertreterInnen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linksfraktion statt. Alle Anwesenden unterstrichen ihr Interesse, die Geschichte nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die LINKSJUGEND Marzahn-Hellersdorf unterstützt auch weiterhin die Initiative des Bündnisses „KEIN VERGESSEN“. Wir möchten, dass eine antisemitische Entscheidung aus dem Jahr 1938 endlich seine Gültigkeit verliert und die Würdigung der KünstlerInnen wiederhergestellt wird. Die Benennung einer neuen Straße nach Jacques Offenbach lehnen wir ab, da dies die Tilgung der Namen jüdischer KünstlerInnen aus dem Musikerviertel verfestigen würde.
Bjoern Tielebein
Christian Schwinge

B wie Bundeswehr

Militärische Auseinandersetzungen sind mittlerweile zum normalen Mittel der Politik geworden. Die Streitkräfte zu einem Instrument außenpolitischer Machtentfaltung - Beteiligung an Kriegen inbegriffen. Dieser Gewalt-Logik widersetzen wir uns. Ein Umdenken hin zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung ist notwendig. Gewaltfreie, diplomatische Konfliktlösungen müssen Vorrang haben vor militärischen Lösungen, die zunehmend Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern.



Deshalb fordert DIE LINKE den schrittweisen Rückzug der gegenwärtig im Auslandseinsatz befindlichen Truppen. Die Bundeswehr darf keine Interventionsarmee werden. Ihr Auftrag muss auf Landesverteidigung und Katastrophenhilfe beschränkt werden. Wir fordern außerdem die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einführung einer Berufsarmee. Zudem ist eine politische Strategie zur Beseitigung von Konfliktursachen notwendig. Rüstungsausgaben und -exporte müssen gesenkt bzw. gestoppt werden. Wir fordern außerdem die Vernichtung aller chemischen, biologischen und atomaren Waffen sowie Mienen jeglicher Art.

Christian Schwinge

Kontakt zur Linksjugend:

Geschäftsstelle DIE LINKE
Marzahn-Hellersdorf
Henny-Porten-Straße 10-12
12627 Berlin

Internet: www.linksjugend.org
E-Mail: solid.ost@web.de

Treffen des Jugendverbandes jeden **ersten Donnerstag um 18:30 Uhr** in der Geschäftsstelle

Freiheit durch Sozialismus !?!

Als junger Mensch in der LINKEN wird man immer wieder gefragt, wie man dazu kommt, sich in einer Partei und gerade in dieser zu engagieren. Mir fällt die Antwort darauf recht leicht. Ich bin Sozialist und will nicht nur von einer besseren Welt träumen, in der die freie Entfaltung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist, sondern ich will mich auch aktiv dafür einsetzen. Hier bietet DIE LINKE für junge Menschen ganz besondere

Möglichkeiten. Nicht nur, dass man Genossen und Genossinnen hat, die die gleichen Ideale haben, man bekommt auch als junger Mensch die Möglichkeit, sich frei und selbstbestimmt in der politischen Arbeit zu entfalten. In Marzahn-Hellersdorf hat sich DIE LINKE immer dadurch ausgezeichnet, dass sie jungen Menschen für ihre Projekte nicht nur sehr viel Freiraum gegeben, sondern sie auch aktiv dabei unterstützt hat.

Ebenso gab und gibt DIE LINKE jungen Menschen auf den unterschiedlichsten Ebenen die Möglichkeit, sich aktiv in die Partei einzubringen und in der Partei mitzuarbeiten. Dabei lässt sie den jungen Menschen wiederum sehr viele Freiräume für ihre Anliegen und Eigenheiten. Deshalb kann man wirklich sagen, dass in der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf tatsächlich Freiheit durch Sozialismus, durch gelebte gegenseitige Solidarität, herrscht. **Hassan Metwally**

Veranstaltungen:

» **5.10., 9 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **2. Unternehmerfrühstück** des LINKEN Wirtschaftsforums Marzahn-Hellersdorf, mit Wirtschaftssenator Harald Wolf, Petra Pau (MdB), Carl Wechselberg (MdB) u.a.

» **5.10., 19 Uhr**, Schloss Biesdorf, Alt-Biesdorf 55, 12683 Berlin, **Musik und Politik** mit Mick's Washboard, den Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, Bärbel Holzeuer-Rothensteiner und Carl Wechselberg, und Regina Kittler (BVV)

» **9.10., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „90 Jahre Russische Revolution: Ereignisse, Wirkungen, Wertungen“, Referentin: Dr. Sonja Striegnitz, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“, Eintritt: 1,50 Euro

» **14.10., 10.30 Uhr**, Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin, »**Wasser unterm Hammer**« - Ein Film über die Privatisierung des Trinkwassers in Deutschland und England von Leslie Franke und Hermann Lorenz. Gespräch mit Thomas Rudek über die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Veranstalter: Bündnis gegen Privatisierung in Berlin, Steinstatt e.V., Peter-Weiss-Bibliothek. Eintritt: 3 Euro, ermäßigt 2 Euro

» **29.10., 18 Uhr**, Klub 74, Am Baltenring 74, 12619 Berlin, »**Zwischen Stromsperre und Popkorn**« - Edda Winkel stellt im Erzählcafé ihr neues Buch vor. Veranstalter: Peter-Weiss-Bibliothek und Klub 74. Eintritt: 2 Euro, ermäßigt 1 Euro

» **13.11., 19 Uhr**, KulturGut, Alt-Marzahn 23, 12685 Berlin, Marzahner Gesellschaftspolitisches Forum, **Diskussionsabend** zum Thema: „Südafrika im politischen Wandel“, Referent: Dr. Gerd-Rüdiger Stephan, Moderation: Dr. Wolfgang Girnus. Eine Veranstaltung des Gesellschaftspolitischen Forums Marzahns im Verein „Helle Panke“ e.V., Eintritt: 1,50 Euro

Siegfrieds Frage**Der Atomteststoppvertrag ...**

... der UNO von 1996 wurde von 177 Staaten unterzeichnet – doch nur von 140 ratifiziert. Es verweigern sich die USA (mit 1.146 mehr Tests als SU/Rus, F, GB und China zusammen), China, Israel, Pakistan, Indien – und andere Staaten mit allen Voraussetzungen für den Bau von Kernwaffen. Dadurch kann der Vertrag nicht in Kraft treten.

Die Wiener Kontrollbehörde (Comprehensive Nuclear-Test-Ban Treaty Organization; kurz: CTBTO) hat weltweit 321 Beobachtungsposten stationiert. Deren anteilige (38 Mio US-Dollar) Finanzierung und die der Vor-Ort-Inspektionen verweigern die USA seit zwei Jahren.

Die Europäische Kommission für Strahlenrisiken (ECRR) beziffert die weltweit verstorbenen Strahlenopfer mit 6,17 Mio. Darunter 1,5 Mio. Kinder und 1,9 Mio. ungeborener Kinder im Leib ihrer Mütter.

Frage

Wer könnte sich künftig noch vor solchen amerikanischen Megabomben wie der bunkerbrechenden nuklearen B 83 (170 kt) schützen?

S.Scholz

Bezirksvorstand

» **9.10., 23.10.** jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, Beratungen des Bezirksvorstandes

Vorankündigung: Basistreffen

» **30.11.**, 18 Uhr Uhr, Treff der Volkssolidarität, Marzahner Promenade ..., 12679 Berlin, zum Thema: „Soziale Stadt“

Basisgruppensprecher-Beratungen

» **1.11.**, 19 Uhr (BO Springpfehl) Bürgerhaus, Marchwitzstr. 24/26

» **1.11.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreis 3) Alt-Marzahn 64

» **1.11.**, 19.30 Uhr (BO Wahlkreise 5 - 7) Henny-Porten-Str. 10-12

» BO Wahlkreise 1 und 2, Alt-Marzahn 64: bitte telefonisch erfragen

» BO Wahlkreis 4, Schloss Biesdorf: bitte telefonisch erfragen

IG / Freundeskreis

» 18.10., 15 Uhr, Klubkeller, Alt-Marzahn 64, **IG SeniorInnen**

» 18.10., 18 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Str. 10-12, **Freundeskreis Cuba**

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahner Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312): mittwochs 14 - 18 Uhr, Telefon 54 43 18 90

Rentensprechstunde

» **15.10., 5.11., 19.11.** jeweils 10-12 Uhr in den Räumen des ver.di-Kieztreffs in den Ringkolonnaden, Mehrower Allee 28/30, Hilfe beim Antragstellen, Umgang mit Bescheiden

Bürgersprechstunden

» **17.10., 16 - 18 Uhr, Petra Pau**, Vizepräsidentin des Bundestages, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung unter 99 28 93 80

» **22.10., 18 - 19 Uhr, Dr. Gabriele Hiller** (MdB), Kino „Kiste“, Heidenauer Str. 10, 12627 Berlin

» **25.10., 19.30 - 21 Uhr, Wolfgang Brauer** (MdB), **Petra Wermke** (BVV), Glambecker Ring 80/82 (ehem. Kita), 12679 Berlin

» **29.10., 17 - 18 Uhr, Dr. Margrit Barth** (MdB), Kulturzentrum M-Ost, Mehrower Allee 28-30 (Ringkolonnaden), 12687 Berlin, telefonische Anmeldung unter 23 25 25 36

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12

(fon: 5 41 21 30/9 95 35 08 - fax: 99 90 15 61)

Offen: Montag 13 - 17 Uhr, Dienstag 9 - 17 Uhr,
Donnerstag 9 - 19 Uhr, Freitag 9 - 15 Uhr

Geschlossen: mittwochs

Impressum Marzahn-Hellersdorf links

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Str. 10-12, 12627 Berlin, fon: 030-5 41 21 30/9 95 35 08, fax: 030-99 90 15 61.

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Redaktionsschluss: 1.10.2007. Auslieferung ab: 4.10.2007. **Druck:** Eigendruck. „**Marzahn-Hellersdorf links**“ wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 25 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 1.11. und 6.12.2007.